



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

*Herrn Oberbürgermeister Peter Jung*

Es informiert Sie Andre Hüsgen  
Anschrift Wittensteinstr. 235a  
42283 Wuppertal  
Telefon (0202) 60 933 100  
Fax (0202) 60 932 088  
E-Mail info@pro-rep-wuppertal.de  
Datum 14.01.2015  
Drucks. Nr. VO/1026/15  
öffentlich

**Antrag**

---

Zur Sitzung am 10.02.2015 Gremium Rat der Stadt Wuppertal

---

**Antrag zur Resolution : Solidarität mit „Charlie Hebdo,, und Konsequenzen aus den Ereignissen für die Region  
Antrag der Fraktion PRO NRW/DIE REPUBLIKANER vom 07.01.2015**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag der Fraktion PRO NRW / Die Republikaner auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung.

1. Der Rat der Stadt verurteilt den offenkundig islamisch-extremistischen Terroranschlag gegen die Redaktion des Satiremagazins „Charlie Hebdo“ in Paris am 7. Januar 2015 aufs Schärfste und bekundet seine Solidarität mit den überlebenden Opfern sowie den Angehörigen der Getöteten.

2. Ferner appelliert der Rat der Stadt im Sinne umfassender Prävention an alle zuständigen Strafverfolgungsbehörden von Bund und Land, jegliche islamisch-extremistischen Organisationen in der Region Bergisches Städtedreieck unschädlich zu machen.

**Begründung**

Zu 1.

Die Ermordung der zwölf Menschen im Kontext des Terroranschlags auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ am 7. Januar 2015 in Paris stellt einen neuen traurigen Tiefpunkt in Sachen islamisch-extremistischer Barbarei dar. Der Massenmord in der französischen Hauptstadt war zugleich ein Versuch der psychopathischen Täter, Islamkritikern mit Mitteln eliminatorischer Gewalt das Recht auf Meinungsfreiheit in Abrede stellen zu wollen. Dieser Angriff auf die Grundfesten europäischer Zivilisation darf nicht kommentarlos hingenommen werden.

Zu 2.

Am frühen Morgen des 29. Juli 2014 erlebte der Stadtteil Barmen mit dem Brandanschlag auf die Bergische Synagoge ein erschreckendes Fanal offenbar islamisch-extremistischer Motivation. In der Region Bergisches Städtedreieck treiben diverse Vorfeld-Strukturen des islamisch-extremistischen Terrors nach wie vor ihr Unwesen.

So sei an die hiesige „Scharia Polizei“ der Salafisten im September 2014 und die am 29. Mai 2012 durch den Bundesminister des Innern verbotene Moschee-Gemeinde „Millatu Ibrahim“ in Solingen erinnert. Jenseits der Salafisten gibt es auch andere regional aktive Islam-Extremisten wie beispielsweise die türkisch geprägte „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“. Um weitere Eskalationen der Gewalt bereits im Keim ersticken zu können, ist es nahe liegend, eine Strategie intensiverer Strafverfolgung anzuwenden. Zusätzliche Organisationsverbote gegen islamische Extremisten sind in die Wege zu leiten, um für die Zukunft den öffentlichen Frieden sichern zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Bötte  
Fraktionsvorsitzende